



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Margarete Bause** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Menschenleben retten – Zahl der Drogentoten im Freistaat Bayern deutlich senken!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, endlich Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der Drogentoten in Bayern deutlich und nachhaltig zu senken, weil Suchtkranke dringend der Hilfe und der Fürsorge des Staates bedürfen.

Insbesondere muss die Einrichtung von Drogenkonsumräumen ermöglicht, eine deutlich bessere Versorgung der Drogenabhängigen im Maßregelvollzug und im Strafvollzug erreicht sowie die Sozialarbeit im Drogenbereich gestärkt und zielgruppenspezifische frühe Prävention ausgebaut werden.

### **Begründung:**

Die bayerische Drogenpolitik ist komplett gescheitert. Verschiedenen Medienberichten zufolge steigen der Drogenkonsum, die Anzahl der Drogendelikte sowie auch die Anzahl der Drogentoten. Es ist wichtig, dass sich die Staatsregierung nicht nur auf die Repression konzentriert, sondern sich auch um die Suchtkranken kümmert, die die Hilfe des Staates dringend benötigen.

Der Freistaat Bayern führt die bundesweite Statistik der Drogentoten an. Seit 2011 hat sich die Zahl der Drogentoten im Freistaat Bayern fast verdoppelt. 321 Drogentote in Bayern im Jahr 2016 – in keinem anderen Bundesland waren es mehr.

Es ist dringend notwendig, dass den bayerischen Kommunen endlich die Möglichkeit eröffnet wird, Drogenkonsumräume für Drogensüchtige einzurichten, dass mehr Ärzten und Ärztinnen in Bayern wieder Substitution anbieten, dass Naloxon als probates Mittel zur Rettung überdosierter Drogenabhängiger angewendet werden kann, dass eine bessere Versorgung der Suchtkranken im Maßregelvollzug sowie auch im Strafvollzug erfolgt, dass mehr zielgerichtete und zielgruppenorientierte Präventionsmaßnahmen ergriffen werden, dass Sozialarbeit in diesem Bereich verstärkt wird und frühe Prävention schon bei den Kindern anfängt.

Die derzeitige restriktive Politik vernachlässigt die Prävention und Fürsorge für drogenabhängige Menschen. Wir brauchen eine akzeptierende Drogenpolitik, die sachlich über Risiken aufklärt, die einen zuverlässigen Jugendschutz etabliert und die ausreichend Maßnahmen bereitstellt, um die Schäden durch risikanten Drogenkonsum zu reduzieren.